

Antrag

Hannover, den 09.10.2018

Fraktion der AfD

Linksextremismus als Gefahr für die Demokratie wahrnehmen und wirksam bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die linksextremistische Szene stellt ein erhebliches Gefahrenpotenzial für unser Gemeinwesen dar. Das Landesamt für Verfassungsschutz berichtet von einer weiterhin stetigen Zunahme der Anzahl gewaltorientierter Linksextremisten¹. Aus dieser Szene heraus werden erhebliche Straftaten begangen. Die schweren Ausschreitungen im Zuge des G20-Gipfels im vergangenen Jahr in Hamburg seien hier als ein symptomatisches Beispiel für ähnliche Szenarien genannt. Aus Demonstrationen heraus werden Polizisten als Repräsentanten des Staates angegriffen, es werden Brandanschläge auf Fahrzeuge verübt und diverse weitere schwere Sachbeschädigungen begangen sowie tätliche Angriffe gegen Personen unternommen, bei denen schwere Verletzungen billigend in Kauf genommen werden. Von ca. 300 niedersächsischen Autonomen beim G20-Gipfel wurden 31 festgenommen bzw. in Gewahrsam genommen, weil sie u. a. Steine, Böller und Flaschen geworfen hatten.² Dem Verfassungsschutzbericht ist ferner zu entnehmen, dass eine weitere Radikalisierung des (post-)autonomen Milieus wahrscheinlich und mit der Zunahme von Gewalttaten durch Linksextremisten zu rechnen ist.³

Zusammenschlüsse von Linksextremisten in sogenannten Schwarzen Blocks auf vielen Demonstrationen machen es der Polizei derzeit fast unmöglich, das Vermummungsverbot durchzusetzen oder Straftaten wie Beleidigungen, Volksverhetzungen, Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen zu verfolgen. Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft stellte fest, dass fast jede Demonstration, an der die linksextreme Szene beteiligt sei, gewalttätig verlaufe. Massive Probleme gebe es in Göttingen, aber auch in der hannoverschen Nordstadt. In Niedersachsen sind laut Verfassungsschutz 640 Linksextremisten mit Gewaltpotenzial aktiv. Eine autonome Szene gibt es fast in jeder größeren Universitätsstadt in Niedersachsen, so z. B. in Göttingen und Hannover, aber auch in Braunschweig, Oldenburg, Osnabrück und Lüneburg.⁴

Auch außerhalb von Demonstrationen werden von Linksextremisten Straftaten mit erheblicher krimineller Energie gegen politisch Andersdenkende begangen. Hinzu kommen Sachbeschädigungen, Bedrohungen und Einschüchterungsversuche selbst bei nur vermuteten Unterstützern von politisch Andersdenkenden, wie beispielsweise Gastwirten, die Parteien, die Linksextremisten nicht genehm sind, Räumlichkeiten für Versammlungen zur Verfügung stellen.

Niedersachsen braucht daher im Rahmen einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie ein wirksames Landesprogramm zur Bekämpfung des Linksextremismus:

1. Der Linksextremismus als Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung wird zukünftig im Rahmen eines Landesprogramms nachhaltig und wirksam bekämpft. Ein Aussteigerprogramm „Linksextremismus“ wird Teil dieses Programms sein, wobei Elemente anderer erfolgreich laufender Aussteigerprogramme aus dem Bereich des Extremismus auf Übertragbarkeit auf den Linksextremismus geprüft werden.

¹ Vergl. Vorabfassung Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2017, Seite 68

² Vergl. <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Salafisten-und-Co-Verfassungsschutzener-unentspannt,verfassungsschutz558.html> vom 23.05.2018, abgerufen am 10.10.2018

³ Vergl. Vorabfassung Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2017, Seite 79

⁴ Vergl. <http://www.goettinger-tageblatt.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/Kontroverse-Debatte-ueber-Linksextremismus-in-Niedersachsen> vom 10.07.2017, abgerufen am 10.10.2018

2. Um Ziele und geeignete Maßnahmen zur Prävention linksextremistischer Gewalt festlegen zu können, müssen weiterhin durch wissenschaftliche Studien die Personenkreise identifiziert werden, die besonders anfällig für Linksradikalismus sind, und die entsprechenden Radikalisierungsprozesse und Gewaltmuster beleuchtet werden. (Hervorzuheben ist hier die wissenschaftliche Arbeit des Instituts für Demokratieforschung innerhalb der „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“ (Fodex) an der Georg-August-Universität in Göttingen, zu dessen Aufgabenbereich neben der Erforschung des Rechtsextremismus und religiösen Fundamentalismus auch die Erforschung linker Militanz gehört.)
3. Es wird eine Kampagne initiiert, durch die Schülern und Jugendlichen die Notwendigkeit der Gewaltfreiheit in der politischen Auseinandersetzung vermittelt wird und die Aufklärungsarbeit über Konsequenzen und Auswirkungen linksradikaler und linksextremistischer Bewegungen leistet.
4. In Schwerpunktgebieten linksextremistischer Gewalt sind die Aktivitäten des Landespräventionsrats und der Landeszentrale für politische Bildung zu intensivieren und zu bündeln, um weiterem Zulauf in linksextremistische Gruppen präventiv zu begegnen.
5. Das Thema Linksextremismus ist in das Konzept des Aktionstages „Schule für Demokratie“ der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung (AEWB) aufzunehmen.
6. Eine Überprüfung des Landesprogramms gegen Linksextremismus und dessen Maßnahmen zur Gewaltprävention ist regelmäßig durchzuführen und die Ergebnisse sind zu veröffentlichen.

Begründung

Jede Form des Extremismus stellt eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar, so auch der Linksextremismus. Da insbesondere Heranwachsende und junge Erwachsene als linksextremistisch motivierte Straftäter in Erscheinung treten, muss auf diese ein besonderes Augenmerk bei den Präventionsmaßnahmen gelegt werden. Es muss daher bereits in der Schule dem Entstehen von extremistischen Denkmustern - und zwar nicht nur rechtsextremistischen, wie es derzeit übliche Praxis ist - entgegengewirkt werden, und zwar aktiv. Diese Maßnahme ist umso notwendiger, als gerade junge und in ihrer Persönlichkeit noch nicht gefestigte Menschen besonders anfällig für extremistische Ideen sind. Eine möglichst frühzeitig ansetzende Präventionsarbeit als Bestandteil eines Landesprogrammes gegen Linksextremismus ist deswegen von besonderer Bedeutung.

Klaus Wichmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 17.10.2018)